

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/221

18. November 1975

Die Kapitulation des Kandidaten

Büses Strauß-Spiel mit Kohl vorerst beendet

Von Lothar Schwartz
Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 1 und 2 / 53 Zeilen

CDU-Theaterdonner mit einer Armut-Dokumentation

Trotz gründlicher Expertenarbeit blieb nur unseriöse
Reklametechnik

Von Eugen Glombig MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der
SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 bis 5 / 128 Zeilen

Ein Risiko für die eigene Existenz

Egozentrik und Opportunismus nehmen in der Union
selbsterstörerische Formen an

Seite 6 / 44 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 400
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 37 95 37 - 50
Telex: 55 25 500 - 05 pphn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 95 11

Die Kapitulation des Kandidaten

Böses Strauß-Spiel mit Kohl vorerst beendet

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Das böse Spiel des Franz Josef Strauß zur Demütigung und Demon-
tage des von der CSU von Anfang an ungeliebten Kanzlerkandidaten der
Opposition Dr. Helmut Kohl hat seinen vorläufigen Abschluß gefunden.
Der "schwarze Riese aus Mainz" hat in Bonn eigenhändig die weiße Flagge
gezeigt. Er hat sich unwiderruflich in die Abhängigkeit und Gefangen-
schaft des CSU-Chefs begeben.

Rund zwei Jahre lang hatte der CSU-Vorsitzende die Drohung mit bun-
desweiter organisatorischer und wahlpolitischer Präsenz seiner Partei
als Dressurpeitsche gegen die CDU und ihre Führungsspitze benutzt oder
andere damit noch kräftiger knallen lassen: Schon im Juli 1974 hatte
ein Strauß-Intimus im "Münchner Merkur" diese Strategie publik gemacht,
als er schrieb: "Der Mann (Franz Josef Strauß) wird die vierte Partei
gründen, falls die Union nicht auf ihn hört!". Nun ist der Erfolg dieses
erpresserischen Unternehmens zur Pflichteinführung von CSU-Scheuklappen in
der größeren C-Partei endgültig. Das gelegentlich noch trotzigem Eigensinn
oder zaghafte Gehorsamverweigerung zeigende Parade- und Leitpferd der
Union gab persönlich den gelungenen Abschluß des Dressuraktes bekannt,
der auf Unterwerfung der ganzen Opposition unter das Oberkommando von
Strauß und vorbehaltlose Anerkennung seines "Santhofener Programms"
angelegt war. Die Kapitulation des CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl
vor dieser bestürzenden "Heilslehre" ist nicht nur für die unmittelbar
betroffene Partei ein Debakel, sondern zugleich ein staats- und gesell-
schaftspolitischer Rückschlag für unsere parlamentarische Demokratie ins-
gesamt.

Daß dieser Vorgang tatsächlich eine Kapitulation und nicht etwa
ein Kompromiß im erbitterten Führungskampf zwischen Kohl und Strauß
darstellt, geht klar aus dem Wortlaut der Erklärung hervor, die der CDU-
Vorsitzende vor der Presse verlesen hat: "Die CSU hat nicht die Absicht,

sich bundesweit auszudehnen. Dabei vertreten die beiden Parteivorsitzenden nachdrücklich ihre gemeinsame Meinung, daß es für eine weitere politische Partei in der politischen Landschaft der Bundesrepublik keinen sinnvollen Platz gibt, wenn (1) die beiden Unions-Parteien in allen entscheidenden politischen Problembereichen die gleiche Auffassung geschlossen vertreten."

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß, der seinen schon vor der Nominierung aus München ausgezählten und jetzt ausgepunkteten Kontrahenten nicht einmal das Gesicht bewahren half, sondern ihn allein mit seiner totalen Niederlage vor die Bonner Journalisten treten ließ, lieferte über Fernsehinterviews aus München den harten Kern, der in dieser Formulierung steckt. Tenor: Die CSU ist in ihren politischen Auffassungen geschlossen. Der CDU-Vorsitzende hat für Gemeinsamkeit und Geschlossenheit mit diesen CSU-Positionen zu sorgen, wenn er die vierte Partei auch weiterhin verhindern will. Damit hat der Kanzlerkandidat der CDU/CSU dem CSU-Vorsitzenden schwarz auf weiß die bisher nur heimliche Richtlinienkompetenz für die Politik der ganzen "Union" öffentlich bescheinigt, ohne seine eigene und die Erpreßbarkeit der CDU durch die Drohung mit einer CSU-Konkurrenz auf Bundesebene aus der Welt geschafft zu haben.

Wohlverhalten und Willfährigkeit sind die letzten "Waffen", die dem Kanzlerkandidaten Dr. Kohl gegenüber dem CSU-Chef nun noch geblieben sind. Es ist daher nicht auszuschließen, daß die bis zu diesem Tiefpunkt gediehene Abwertung des führenden CDU-Politikers den persönlichen Machthunger des F. J. Strauß nicht noch einmal aufstachelt und in Richtung einer eigenen Kanzlerkandidatur mobilisiert. (-/18.11.1975/bgy/pr/e)

+ + +

CDU-Theaterdonner mit einer Armut-Dokumentation

Trotz gründlicher Expertenerarbeit blieb nur unseriöse Reklametechnik

Von Eugen Glombig MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Daß der rheinland-pfälzische CDU-Sozialminister Dr. Heinrich Geissler eine gründliche und mit interessantem neuen Zählermaterial ausgestattete Dokumentation über die Armut in der Bundesrepublik herausgegeben hat, wird niemand kritisieren. Auch Vorschläge zur Bekämpfung der Armut und zu Rationalisierungen im Sozialleistungssystem sind erwünscht. Aber sowohl die Dokumentation - ungeachtet ihrer Qualität - als auch Geisslers begleitende Presseerklärungen zeigen, daß es sich bei der Vorlage des Papiers letztlich um ein parteitaktisches Manöver handelt. Daß dies so ist, ergibt eine Reihe von zentralen Punkten, in denen man Geissler den Vorwurf der Unseriosität nicht ersparen kann.

Es wird versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob sich unter der sozialliberalen Koalition das Problem der Armut verschärft hätte. Die Fakten belegen aber gerade das Gegenteil. Zwar ist es richtig, daß sowohl die Zahl der Sozialhilfeempfänger als auch die Sozialhilfeausgaben seit 1969 beträchtlich gestiegen sind. Ohne die tatsächlich bei uns bestehende Armut zu verharmlosen, muß man jedoch sagen, daß diese Entwicklung auf die wesentlichen Verbesserungen der Sozialhilfeleistungen in den letzten Jahren zurückzuführen ist, und zwar vor allem auf die Neuordnung der Sozialhilferegelsätze von 1971 und auf die 3. Novelle zum Bundessozialhilfegesetz von 1974. Von einer "bestürzenden" Entwicklung, wie Geissler meint, kann nicht die Rede sein. Im Gegenteil: Es handelt sich um sozialpolitische Fortschritte, die seit 1969 erzielt werden konnten. Dies zu verschweigen, wie Geissler es tut, läuft auf eine Manipulation hinaus.

Erneut wird der unverfrorene Vorwurf erhoben, daß die sozialliberale Koalition die sozial schwachen Gruppen vernachlässigt und ein "Bündnis der Starken gegen die Schwachen" geschlossen habe. Das ist eine bewußte Verdrehung. Zwar ist es durchaus richtig, wenn Dr. Geissler betont, daß die Sozialpolitik nicht auf den Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital

verkürzt werden dürfe. Aber es ist ja gerade die sozialliberale Koalition gewesen, die seit 1969 die Konsequenzen aus dieser Einsicht gezogen hat und - neben der sozialen Sicherung der Arbeitnehmer - der gezielten Hilfe für Randgruppen der Gesellschaft erstmals eine besondere Priorität eingeräumt hat. Als Beispiele seien nur die Reformgesetze auf dem Gebiet der Rehabilitation, die Dynamisierung und Verbesserung der Kriegsopferrenten und die Reform des Strafvollzugs genannt.

Dr. Geissler behauptet, die Verwaltungskosten in unserem Sozialleistungssystem seien zu hoch, und versucht das u.a. durch den Hinweis zu belegen, daß in anderen Ländern die Verwaltungsaufwendungen der Sozialleistungsträger, gemessen an den gesamten Sozialausgaben, niedriger seien als bei uns. Die Existenz von Rationalisierungsmöglichkeiten soll keinesfalls bestritten werden. Aber Geisslers Argumentation ist doch allzu simpel. Die Berechnung des Verhältnisses von Verwaltungskosten zu Sozialausgaben ist praktisch sinnlos und für internationale Vergleiche untauglich. Man braucht sich nur eine drastische Erhöhung der Geldleistungen der Sozialversicherung vorzustellen. Die von Geissler verwendete Maßzahl müßte dann kleiner werden. Es entstände der Eindruck, als hätte ein Rationalisierungseffekt stattgefunden, obwohl sich tatsächlich an der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung nichts geändert hätte.

Dr. Geissler hätte auch nicht verschweigen dürfen, daß ein relativ kompliziertes Verwaltungsverfahren der notwendige Preis für ein differenziertes Sicherungssystem ist, das nicht alle Bürger über einen Kamm schert, sondern so weit wie möglich dem Einzelfall gerecht wird. Die Forderung Geisslers nach Senkung der Verwaltungskosten in unserem Sozialleistungssystem ist also reichlich billig. Ernstzunehmen wäre sie nur, wenn konkret gezeigt würde, welche organisatorischen Verbesserungen und welche Vereinfachungen des Leistungsrechtes möglich sind. Das wird aber wohlweislich unterlassen.

Milliarden sind laut Geissler im Gesundheitswesen zu sparen. Statt solcher Allgemeinplätze sollte man doch wohl konkrete Verbesserungsvorschläge erwarten können. Wenn Sozialpolitiker der CDU die hohen Arzneimittelpreise rügen, so sollten sie auch einen Vorschlag für Neuordnung des Arzneimittelmarktes machen. Man kann ver-

stehen, warum sich Dr. Geissler davor drückt. Es ist nämlich schwierig, einen Vorschlag auszuarbeiten, der einerseits eine Senkung der Arzneimittelpreise verspricht, andererseits aber auch die Zustimmung der CSU und des Wirtschaftsrates findet.

Beträchtliche Mittel in Milliardenhöhe würden laut Geissler für die gezielte Bekämpfung der Armut zur Verfügung stehen, wenn die Sparförderung erheblich eingeschränkt oder gar gestrichen würde. Das mag richtig sein. Aber ist das ernst gemeint? Warum hat die Opposition bei der Beratung des Haushaltsstrukturgesetzes keine entsprechenden Anträge gestellt? An gesetzestechnischen Problemen kann es bei dieser Materie wohl kaum gelegen haben. In Wirklichkeit ist es gar nicht der politische Wille der Union, die Sparförderung zugunsten anderer Prioritäten einzuschränken, und Geisslers Vorschläge sind nichts als Theatersonnen.

Dr. Geissler behauptet, daß nach Auffassung der Bundesregierung alle wichtigen sozialen Aufgaben bereits gelöst seien und jede notwendige Umstrukturierung bereits soziale Demontage bedeutet. Das ist ganz einfach die Unwahrheit. Die Thesen von den Grenzen des Sozialstaates, von der endgültigen Lösung der sozialen Frage und vom Ende der materiellen Gratifikationen hat man bisher nur aus dem Unions-Lager gehört. Auch die starreinnige Verkettung aller Umstrukturierung als soziale Demontage ist eher ein Kennzeichen der Unions-Politik. Das hat sich gerade bei der Diskussion um das Haushaltsstrukturgesetz gezeigt, als die CDU/CSU die notwendigen und sinnvollen Umstrukturierungen in der Kriegsopferversorgung rundweg ablehnte und versuchte, die Kriegsopfer emotional aufzuputchen.

Wenn Dr. Geissler fordert, daß die sozialpolitischen Finanzmittel gezielter als bisher eingesetzt werden und die Sozialpolitik sich noch mehr auf die besonders benachteiligten Gruppen konzentrieren müsse, wenn er sich gegen pauschale Kürzungen von Sozialleistungen wendet und stattdessen gezielte Umstrukturierung des Sozialleistungssystems verlangt, dann ist ihm aus sozialdemokratischer Sicht darin weitgehend Recht zu geben. Nur eines muß man sehen: Von der Union als Ganzes werden diese angelegten sozialpolitischen Forderungen bestimmt nicht getragen. Sie sind nicht mehr als Aufhängeschilder. Nur die sozialliberale Koalition bietet Gewähr dafür, daß die seit 1969 in Gang gesetzte Reform unseres Sozialleistungssystems auch in Zukunft fortgesetzt werden wird.

(~/18.11.1975/bgy/e/pr)

+ + +

Ein Risiko für die eigene Existenz

Egozentrik und Opportunismus nehmen in der Union selbstzerstörerische Formen an

Scheinheiligkeit und Theaterdonner, die unabwiesbaren Begleiter jeglichen politischen Geschehens, außer acht gelassen, war die Diskussion über die pointierte Feststellung des SPD-Vorsitzenden, die Union sei ein Sicherheitsrisiko, durchaus nützlich. Konsequenz zu Ende geführt, kommt sie notwendig zu dem Schluß, daß die beiden konservativen deutschen Parteien in ihrer Unfähigkeit zu einer dynamischen Politik des sozialen Ausgleichs und bei ihrer Weigerung oder in ihrem Unvermögen, das Befriedigungswerk gegenüber dem Osten fortzusetzen, in der Tat ein Risiko für die innere und äußere Stabilität unseres Staates darstellen. Zu solchen Ergebnissen sind im Übrigen Beobachter ja schon bei anderen Gelegenheiten gekommen; Brandts kurze, scharf auf das Wesentliche zugespitzte Mannheimer Erklärung hat dennoch viele erst mit diesem Sachverhalt konfrontiert.

Einen Beweis für die Logik der These lieferte indessen die Union, die bezeichnenderweise erst durch Hilfe von außen darauf kam, daß Brandts Feststellung nicht auf Agentenniveau zu beziehen ist, dieser Tage selbst. Dabei brachte sie freilich eine neue Komponente ins Spiel: Sie offenbarte, daß sie in ihrem gegenwärtigen desperaten Zustand sogar ihre eigene Existenz riskiert. Ungezügelter Egoismus, persönliche Animositäten, überschlaues Taktieren und durch all dies hindurch auch Streit um die Richtung haben die Union an den Rand der Spaltung gebracht, der nach Meinung ihrer Freunde zugleich der Rand des tödlichen Abgrunds ist. Beobachter, die den konservativen Parteien mehr als wohlgesonnen sind und beileibe nichts gegen jene Politik einzuwenden haben, für die im Nachkriegsdeutschland der Name Strauß zum Symbol wurde, charakterisieren den CSU-Vorsitzenden, der fast absolutistisch in der Union regiert, öffentlich als egozentrischen Heerdeur.

Strauß will um jeden Preis an die Macht, das sieht man auch im konservativen Lager. Er riskiert dabei den Zusammenbruch seines politischen Vehikels: der Union. Die Gefahr wurde in diesen Tagen so deutlich wie nie zuvor gesehen. Wie würde Strauß, der das Zerbrechen seiner Union und damit der gegenwärtigen parlamentarischen Opposition in Kauf nahm oder doch schnöde damit taktierte, wie würden seine Lehensmänner an der Spitze der Regierung dieses Staates handeln? Aber wo wäre im konservativen Lager eine politische Potenz, die Strauß unter Kontrolle halten könnte?! Der ungeliebte, peinlich gequälte Kanzlerkandidat aus Rheinland-Pfalz kommt dafür sicher nicht in Betracht. Das hat sein vorläufiger "Kompromiß" mit dem Bayern ein weiteres Mal bewiesen.

Claus Preller
(-/18.11.1975/bgy/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller